

Der Stadtparteitag des Ortsverbandes Stendal der Partei DIE LINKE beschloss das Kurzwahlprogramm zur Wahl des Stadtrates in der Hansestadt Stendal am 21.06.2015:

*Die Linke im Stadtrat der Hansestadt Stendal will ihren Weg der letzten Jahre, der sich an einer sozial gerechten Bürgerkommune orientiert, konsequent fortsetzen. Alle Entscheidungen in der Hansestadt Stendal haben nach unserer Auffassung der Prüfung standzuhalten, ob sie allen und somit auch den sozial Schwachen die Möglichkeit eröffnen, am gesellschaftlichen Leben in der Stadt teilzunehmen.*

*In die Entscheidungsfindung sind die Einwohner aller Ortsteile, aber auch Interessenvertretungen, Vereine und Zusammenschlüsse bei den sie betreffenden Sachverhalten mit einzubeziehen.*

Wir setzen uns dafür ein, dass

1. Stendal zu einer lebenswerten und barrierefreien Stadt für alle Generationen weiterentwickelt wird.
2. jede Einwohnerin und jeder Einwohner, unabhängig vom sozialen Stand, die vielfältigen Angebote an kulturellen, sportlichen und sozialen Einrichtungen der Stadt nutzen kann.
3. keine weitere Privatisierung des für alle wichtigen öffentlichen Eigentums zugelassen wird.
4. Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen bei wichtigen Anliegen durchgeführt werden.
5. durch die städtische Wirtschaftsförderung eine aktive Bestandspflege des heimischen Gewerbes und der Industrie erfolgt und weitere Ansiedlungen von Gewerbe vorbereitet wird.
6. die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an sozialen, ökologischen und regionalen Kriterien ausgerichtet wird.
7. der Stadtrat bei der SWG darauf hinwirkt, dass sie bezahlbaren attraktiven Wohnraum vorhält und im notwendigen Umfang Wohnungen barrierefrei und bedarfsgerecht umgestaltet.
8. der städtische Haushalt mittelfristig in einen Bürgerhaushalt umgewandelt wird und die Bürgerinnen an der Aufstellung, Umsetzung und Kontrolle der Haushaltsführung beteiligt werden.
9. die Verwaltung der Hansestadt Stendal transparenter arbeitet und für die Stadt alle wichtigen Entscheidungen im Stadtrat oder in den zuständigen Ausschüssen besprochen werden.

10. die Verwaltung der Hansestadt Stendal die im Stadtrat oder in den Ausschüssen beschlossenen Anträge umsetzt und darüber berichtet.
11. regelmäßige Einwohnerversammlungen mit dem Oberbürgermeister in allen Ortsteilen durchgeführt werden.
12. die Ortsteile ein Budget pro Einwohner für eigene Vorhaben erhalten.
13. der öffentliche Nahverkehr so gestaltet ist, dass die Innenstadt aus allen Ortsteilen regelmäßig und kostengünstig erreicht wird.
14. die Innenstadt der Hansestadt Stendal für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen Radfahrer attraktiver wird.
15. wichtige Einrichtungen wie das TdA, die Musik-und Kunstschule, das Altoa-Bad, die Dorfgemeinschaftshäuser, die VHS, die Jugendklubs, Museen, die Bibliothek u.a. weiterhin unterstützt und erhalten werden.
16. die Förderung der Sport- und Kulturvereine wie bisher gesichert bleibt.
17. Kindereinrichtungen wohnortnah erhalten und bezahlbar bleiben.
18. der Stadtseniorenrat, der Behindertenbeirat und andere Interessenvertretungen stärker in die Arbeit des Stadtrates und seiner Ausschüsse einbezogen werden.
19. der Stadtratsvorstand künftig die Beschlusskontrolle im Stadtrat konsequent vorzunehmen hat.